



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2013 - 2016

07. Sitzung

Dienstag, 3. Dezember 2013, 18.00 bis 21.45 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Fredi Mosberger (CVP), Präsident

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Ruth Schäfler (FDP)

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt ---

Traktanden

- 07.01 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013; Zusatzbericht
- 07.02 Voranschläge und Steuerfuss 2014
- 07.03 Neue Vorstösse

Als Ersatz für die abwesende Stimmzählerin Ruth Schäfler (FDP) wurde Felix Koller (FDP) bestimmt.

07.01

Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013; Zusatzbericht

Grundlage sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 9. November 2013. Das Parlament berät und beschliesst die vier Massnahmen einzeln. Auf eine Schlussabstimmung wird verzichtet.

13 Eigene Kräfte statt externe Experten

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
200	0	0	0	0	0	C	Verzicht auf Massnahme

Beschluss Parlament	Entlastung (Beträge in Tausend CHF)					Abstimmungsverhältnis zu Antrag Stadtrat:	
	2014	2015	2016	2017	2018	einstimmig	
							Verzicht auf Massnahme

33 Angebot an Fussballplätzen reduzieren

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
400	0	0	0	0	0	B	Verzicht auf Massnahme

Beschluss Parlament	Entlastung (Beträge in Tausend CHF)					Abstimmungsverhältnis zu Antrag Stadtrat:	
	2014	2015	2016	2017	2018	einstimmig	
	0	0	0	0	0		Verzicht auf Massnahme

42 KEV-Beitrag reduzieren

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
700	0	700	700	700	700	B	Massnahme umsetzen

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
	Roland Seiler (SVP)	Der Antrag betrifft ein hängiges umstrittenes Geschäft. Die Fraktion beantragt eine 7-er Kommission zur Vorberatung des Antrags.
Abstimmung	Über Antrag Seiler	Mehrheitlich Zustimmung. Weiteres Vorgehen: Einsetzung einer VBK an der nächsten Sitzung.

44 Fremdvergabe von Infrastrukturprojekten

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
250	0	0	0	0	0	B	Verzicht auf Massnahme

Beschluss Parlament	Entlastung (Beträge in Tausend CHF)					Abstimmungsverhältnis zu Antrag Stadtrat:	
	2014	2015	2016	2017	2018	einstimmig	
	0	0	0	0	0		Verzicht auf Massnahme

07.02

Voranschläge und Steuerfuss 2014

Grundlagen sind:

- a) der „integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2014-2018“ vom 25. September 2013
- b) der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 25. September 2013
- c) der Nachtrag zum IAFP 2014-2018 vom 6. November 2013
- d) der bereinigte Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. November 2013
- e) der Bericht und Antrag der GPK vom 6. November 2013

Im bereinigten Bericht vom 6. November 2013 stellt der Stadtrat – identisch mit den Anträgen der GPK vom 6. November 2013 – folgende Anträge:

1. *Es werden folgende Voranschläge 2014 genehmigt:*
Stadthaushalt (bereinigter Aufwandüberschuss CHF 578'050 unter Berücksichtigung neuer Steuerfuss)
Stadtwerke (Aufwandüberschuss CHF 638'000)
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2014 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 126 % (bisher 116 %)
Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

A) Eintretensdiskussion

Markus Mauchle, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht.

„1.0 Finanzamt

Herr Heinz Loretini hat mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den IAFP 2014 mit den Ergänzungen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013 erstellt und dem Parlament vorgelegt. Für die Erledigung der Arbeit möchten wir uns bedanken.

1.1 Grundlage

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Voranschlag 2014 gemäss Art. 4 Verordnung über den Finanzhaushalt geprüft.

2.0 Ausgangslage

Die Sparpakete des Kantons St.Gallen bewirkten eine Zusatzbelastung des Budgets 2014 für die Stadt Gossau von CHF 4'809'000. Dieser Umstand war einer der Gründe, dass die Stadt Gossau sich einer Aufgaben- und Leistungsüberprüfung unterzog. Aus dem Überprüfungs-Prozess resultierte eine Minderung der Aufwände von CHF 1'615'340 und eine Verbesserung der Erträge von CHF 100'000. Trotz dieser Bemühungen konnte der Voranschlag nicht ausgeglichen werden. Als weitere Massnahme wird eine Erhöhung des Steuerfusses von 116% auf neu 126% beantragt. Der resultierende Fehlbetrag von CHF 578'050 wird mit dem Bezug aus dem Eigenkapital gedeckt.

3.0 Investitionen

Eine Steuererhöhung von 10 % darf nicht dem alleinigen Zweck dienen, den Voranschlag auszugleichen. Bei der richtungsweisenden Infrastruktur-Projekt-Abstimmung, bei welcher der Souverän eine eindeutige Meinung abgegeben hatte, müssen die Finanzen aufgebessert werden, um die Umsetzung der Projekte zu ermöglichen. Im Klartext bedeutet dies, dass die laufende Rechnung der Stadt Gossau weiter optimiert werden muss.

4.0 Ämter mit eigenem Voranschlag

4.1 Wohnen im Alter

Erstmals wird das Altersheim Espel nicht mehr im IAFP aufgeführt. Mit der Gründung der SanaFürstenland werden das Altersheim Espel und das Alters- und Pflegeheim in die neue Organisation überführt.

4.2 Stadtwerke

Die Stadtwerke Gossau müssen sich in einem liberalisierten Umfeld behaupten. Grossbezüger können ihren Elektro-Energiebezug auf dem freien Markt einkaufen. In der Folge mussten die Stadtwerke einige Abgänge von Grossbezüger hinnehmen. Tendenziell wird sich das Umfeld im Energie-Sektor eher hektischer entwickeln. Dieser Umstand verlangt von der „Firma Stadtwerke Gossau“, ein hohes Mass an Kompetenz und Führungssicherheit. Die Folgen der Gossauer-KEV Lösung und deren finanziellen Auswirkungen sind Gegenstand einer laufenden Untersuchung resp. Aufarbeitung. Die Unterlagen, welche die GPK am 29. November 2013 erhalten hat, zeigen auf, dass die Stadt Gossau die Grundsätze der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Effektivität nicht genügend beachtet hat. Im Projekt FTTH müssen diese Grundsätze erfüllt werden. Da die GPK im Sinne ihres Auftrags nur vergangene Geschäfte überprüfen darf, lautet der Antrag der GPK:

Der Voranschlag 2014 der Stadtwerke ist zurückzuweisen. Der Stadtrat wird beauftragt, für das Projekt FTTH bis zur März-Sitzung 2014 aufzuzeigen, dass den Grundsätzen der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Effektivität genügend Beachtung geschenkt wird.

5.0 Anträge

1. Eintreten

Die GPK beantragt, auf die Voranschläge des Stadthaushaltes und der Stadtwerke einzutreten.

2. Beschlussfassung

1. Der Voranschlag des städtischen Haushaltes für das Jahr 2014 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 578'050 sei zu genehmigen.
2. Der Voranschlag der Stadtwerke für das Jahr 2014 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 638'000 sei zurückzuweisen. Über den Voranschlag sei dann zu entscheiden, wenn der Stadtrat das Vorgehen gemäss Auftrag im Projekt FTTH aufgezeigt hat.
3. Die Steuersätze für das Jahr 2014 werden wie folgt festgelegt:
Gemeinde Steuer 126 % (+ 10%)
Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

6.0 Verdanken

Die Geschäftsprüfungskommission dankt im Voraus den Behörden, Kommissionen und allen Mitarbeitenden, die sich im Jahr 2014 wiederum engagiert für die Stadt Gossau einsetzen werden.“

Roland Seiler (SVP) stellt fest, dass mit dem Projekt Malik die beabsichtigten jährlichen Einsparungen nicht erreicht werden konnten. Das grösste Sparziel (Perfektionsniveau) konnte nicht umgesetzt werden. Dieses Resultat wurde vom Stadtrat nur marginal berücksichtigt. Er staunt, dass über diese Massnahme nie diskutiert werden konnte. Hier sieht er noch Potenzial, ohne dass Personal entlassen werden muss. Er hinterfragt diverse Budgetpositionen. Die Fraktion stellt Antrag auf Erhöhung um 5 Steuerprozent, weil der Kanton Kosten auf die Stadt umlagert. Sie unterstützt den Antrag der GPK auf Rückweisung des Budgets der Stadtwerke.

Roman Steiger (CVP) hatte Mühe beim Nachvollziehen der internen Personalaufwände. Die Sparmassnahmen des Kantons belasten die Stadt Gossau gewaltig mit rund 15 Steuerprozent. Das Sparvolumen ist nicht mehr

gross, ausser bei ausgelagerten Aufgaben. Die notwendigen Investitionen sollen auch weiter getätigt werden. Die beantragte Erhöhung um 10 Steuerprozent ist verkräftbar. Die Fraktion beantragt Zustimmung.

Hanspeter Fröhlich (FDP) weist auf die Sparbeschlüsse des Parlamentes hin, deren Umsetzung eine grosse Herausforderung wird. Das Budget ist damit in die richtigen Bahnen gelenkt worden. Eine Steuerfusserhöhung wird dennoch unumgänglich sein. Eine Rückweisung des Budgets der Stadtwerke ist nicht nachvollziehbar.

Erwin Sutter (FLiG) weist auf die rückläufige Entwicklung des Stadthaushaltes hin, aufgrund der kantonalen Sparmassnahmen. Der Steuerfuss wurde von 130 % auf 116 % gesenkt. Verschiedene Investitions-Projekte stehen an. Ohne neue Steuereinnahmen steigt die Verschuldung stark an. Eine Steuerfusserhöhung wurde abgelehnt, nun wird ein neuer Antrag um Erhöhung um 10 % gestellt. Dieser Antrag wird unterstützt.

Karl Bürki (SP) findet es müssig, über neue Ausgaben zu diskutieren, wenn die laufenden Ausgaben nicht bezahlt werden können. Gossau kann sich den viel zu tiefen Steuersatz nicht leisten. Eine Erhöhung ist nötig. Gossau gehört heute schon zu den sparsamen Städten im Kanton. Die Erhöhung des Steuerfusses um 10 % wird unterstützt.

Stefan Harder (FLiG) spricht als Mitglied der GPK. Diese möchte mit ihrem Antrag auf Budgetrückweisung das Vertrauen in den Stadtrat zurückgewinnen. Zur Diskussion stand der Antrag auf Rückweisung des Gesamtbudgets, oder lediglich der Budgetposition FTTH.

Felix Koller (FDP) ist befremdet über den kurzfristigen Antrag der GPK auf Rückweisung des Budgets Stadtwerke. Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor. Die GPK ist ein Aufsichtsorgan und sollte diese Funktion ausüben.

Markus Mauchle, Präsident GPK, verweist auf die vielen investierten Stunden der GPK, welche zu ihrem Antrag geführt haben.

Roland Seiler (SVP) versteht den Unmut über den kurzfristigen Antrag. Der Stadtrat hätte das Geschäft früher zur Diskussion stellen können.

Stadträtin Gaby Krapf wendet sich gegen den kurzfristig durch die GPK formulierte Antrag. Dieser blockiert die Stadtwerke in ihrer Tätigkeit und bringt einen weiteren Reputationsschaden. Dass Fragen zum KEV aufgeworfen werden, ist verständlich. Das Projekt FTTH ist mit Fachleuten ausgearbeitet worden, und einer einwandfreien Realisierung wird höchste Bedeutung beigemessen. Der Stadtrat beantragt die Freigabe des Budgets Stadtwerke. Dies auch darum, damit im Projekt FTTH der Fahrplan mit der Swisscom eingehalten werden kann. Andernfalls würde eine jahrelange seriöse Vorarbeit für dieses Projekt zunichtegemacht.

Hanspeter Fröhlich (FDP) will nichts unter dem Deckel halten. Er staunt über den kurzfristigen Antrag der GPK auf Rückweisung des Budgets.

Roland Seiler (FDP) will nicht, dass die Verantwortung an das Parlament abgeschoben wird.

B) Detailberatung Investitionsrechnung Stadthaushalt

1070.3030 Rathaus

Roland Seiler (SVP) beantragt für die Büroanpassungen eine Budgetreduktion von CHF 150'000 auf CHF 50'000.

Stadtrat Stefan Lenherr erläutert, dass das Rathaus noch mindestens 10 Jahre ohne Gesamtsanierung weiterbetrieben wird. Die nötigen Anpassungen sollen realisiert werden.

Abstimmung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1217.3020 Schulbauten

Benno Koller (SVP) beantragt für die Sanierung Heizung Schulanlage Büel eine Budgetreduktion von CHF 460'000 auf CHF 130'000.

Alfred Zahner (FLiG) kann diesen Antrag nicht beurteilen.

Stadtrat Stefan Lenherr kann der Kürzung für die Heizanlage zustimmen. Ursprünglich war eine Wärmerückgewinnung vorgesehen, nun soll eine Gasheizung eingebaut werden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

C) Detailberatung Laufende Rechnung Stadthaushalt

1010.3001 Stadtparlament Sitzungsgelder

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 50'000 um CHF 5'000.

Abstimmung: 14 Ja zu 14 Nein mit 1 Enthaltung. Durch Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag angenommen.

1020.3000 Löhne Stadtrat

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 670'000 um CHF 134'000.

1020.3170 Spesenentschädigungen Stadtrat

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 20'200 um CHF 20'200.

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist auf das Reglement zur Besoldung des Stadtrates. Die Spesen enthalten auch Einladungen des Stadtrates.

Hanspeter Fröhlich (FDP) beantragt Abweisung.

Abstimmung Löhne Stadtrat: Grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung Spesenentschädigungen Stadtrat: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1040.3187 Repräsentationen

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 14'200 um CHF 14'200. Es handelt sich um ein neu geschaffenes Konto, effektive Auslagen sollen direkt den Konti zugewiesen werden.

1040.3190 Mitgliedschaften

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 20'000 um CHF 20'000. Das neu geschaffene Konto soll aufgehoben werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler erläutert: Repräsentationen sind Beiträge an Tagungen (z.B. Apéro). Mitgliedschaften sind bisherige Verbandsbeiträge, keine neuen Ausgaben. Finanzverwalter Heinz Loretini erläutert, welche Konti entlastet werden.

Abstimmung Repräsentationen: Grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung Mitgliedschaften: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1042.3091 übriger Personalaufwand Facility Management

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 43'675 um CHF 20'000.

1042. 3171 Spesenentschädigungen Facility Management

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 14'000 um CHF 4'000.

Alex Brühwiler: Die Spesen entsprechen dem Personalreglement, Halbtaxabos eingeschlossen. Übriger Personalaufwand ist im ganzen Budget pauschal mit 2 % eingesetzt.

Abstimmung übriger Personalaufwand: Grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über Spesenentschädigungen: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1048.3111 Informatik Anschaffung Mobilien Maschinen Hardware

Benno Koller (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 129'000 um CHF 60'000. Anschaffungen können um ein Jahr verschoben werden.

1048. 3151 Informatik: Unterhalt Mobilien Maschinen Hardware

Benno Koller (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 165'300 um CHF 50'000. Anschaffungen können um ein Jahr verschoben werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Anschaffung enthält u.a. Deckenbeamer Schulhäuser, zusätzliche Bildschirme Steueramt. Reduktion nicht sinnvoll. Beim Unterhalt geht es um Lizenzen etc.

Abstimmung Anschaffung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung Unterhalt: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1070.3111 Baulicher Unterhalt Rathaus

Gallus Hälgi (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 108'500 um CHF 50'000. Ein Sanierungskonzept fehlt. Bei Notfällen können Ausgaben getätigt werden.

Stadtrat Stefan Lenherr: Rathaus muss noch mehrere Jahre funktionieren. Kosten entstehen u.a. durch Elektroverteiler und Alarmanlage.

Abstimmung Baulicher Unterhalt: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1212.3103 Schülerbibliothek

Alois Künzle (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 9'640 um CHF 9'640.

1212.3170 Spesenentschädigungen

Alois Künzle (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 16'050 um CHF 6'000.

Ruedi Manser (CVP): Einzelne Positionen in der Schule können sicher hinterfragt werden, aber der Arbeit des Schulrates darf vertraut werden.

Schulpräsident Urs Blaser: Jede Klasse hat einen Kredit von CHF 230 für Literatur im Klassenzimmer, die Stadtbibliothek kann diese nicht ersetzen. Jeder Schulleiter hat kleines Spesenkontingent. Er beantragt Ablehnung.

Abstimmung Schülerbibliothek: Grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung Spesenentschädigungen: Grossmehrheitlich abgelehnt.

12151.3030 Sozialversicherungskosten**12151.3040 Personalversicherungskosten**

Remo Schelb (SVP) beantragt Senkung um je CHF 8'000, Angleichung an die effektiven Löhne.

Abstimmung: Zustimmung zu beiden Anträgen.

12170.3110 Schulanlagen Anschaffung Mobilien und Geräte

Remo Schelb (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 159'350 um CHF 60'000. Ersatzinvestitionen in Schulanlage Lindenberg um ein Jahr verschieben.

12170.3122 Schulanlagen Strom

Remo Schelb (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 141'650 um CHF 30'000. Solarstromanteil streichen in allen städtischen Liegenschaften. Die Kosten sollen durch die Stadtwerke getragen werden. Auch soll auf die Solaranlage auf dem Schulhaus Haldenbüel verzichtet werden.

Stadtrat Stefan Lenherr: Die Anschaffungen für das Schulhaus Lindenberg betreffen mehrere Schulanlagen, nicht nur Lindenberg.

Gaby Krapf: Die Stadt bezieht seit Jahren Naturstrom gemäss Stadtentwicklungs-Leitsatz 5. Diese Weitsicht sollte nicht verlassen werden.

Abstimmung Anschaffung Mobilien und Geräte: Grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung Strom: Grossmehrheitlich abgelehnt.

12198. 3181 Alarmsystem

Alfred Zahner (FLiG) verweist auf den letztjährigen Beschluss des Stadtparlamentes, dieser sollte umgesetzt werden. Er verzichtet auf einen Rückweisungsantrag.

12198.3182 Telefonie

Alfred Zahner (FLiG): Hier bezahlt die Schule der Lehrerschaft ein Handy, die meisten haben damit zwei. Budgetbetrag CHF 25'000 streichen.

Urs Blaser verweist auf seine letztjährigen Ausführungen. Das Handy ist in der Schule ein unverzichtbares Kommunikationsmittel und Teil eines Gesamtsystems. Das Parlament hat dem Konzept 2012 zugestimmt.

Alfred Zahner (FLiG) unterstützt das Kommunikationssystem, möchte aber nicht, dass die Lehrer ein zweites Handy erhalten.

Abstimmung Telefonie: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1250.3652 Beitrag an Gymnasium Friedberg

Remo Schelb (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 230'000 um CHF 30'000. Kürzung um CHF 500 pro Schüler kann gemäss Präsident des Gymnasiums verkraftet werden.

Schulpräsident Urs Blaser verweist auf die Parlamentsdebatte vom 24. September 2013, wo eine Kürzung abgelehnt wurde.

Norbert Hälg (FDP): Die Haltung des Gymnasiums wird wahrscheinlich falsch verstanden. Er beantragt Ablehnung.

Abstimmung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1300.3654 Gossauer Preis

Remo Schelb (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 15'000 um CHF 10'000.

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Ein würdiges Rahmenprogramm für die Preisverleihung ist wichtig. Stehle beim Rathaus ist im Betrag enthalten.

Abstimmung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1310.3654 Denkmalpflege Beiträge an private Institutionen

Hans Hälg (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 115'000 um CHF 100'000.

Alex Brühwiler: Buchung 100'000 zu Gunsten Projekt Schulhaus Haldenbühl. Streichung würde Denkmalpflegebeitrag des Kantons gefährden.

Abstimmung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1340.3011 Sport Löhne Sozialzulagen

Roland Seiler (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 58'690 um CHF 58'690. Die Stelle des Sportkoordinators ist für den Schulbetrieb nicht nötig.

Schulpräsident Urs Blaser: Die Stelle ist in einer Grösse wie Gossau unverzichtbar, Freiwilligenarbeit kann nicht in diesem Umfang erwartet werden.

Abstimmung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

1450.3654 Spitex-Dienste

Hanspeter Fröhlich (FDP) stellt fest, dass ein zu geringer Betrag budgetiert ist. Wie erfüllt die Stadt die Verpflichtungen?

Stadtrat Bruno Damann: Betrag beinhaltet die Pflege zu Hause und die Hilfe zu Hause. Der Kantonsrat hat erst im September 2013 neue Beschlüsse zur Kostenteilung gefasst. Nötigenfalls müsste Nachtragskredit erteilt werden.

1541.3653 Kinderkrippe Globi

Thomas Künzle (SVP) beantragt Kürzung des budgetierten Betrages von CHF 190'000 um CHF 70'000. Der Aufwand steigt stark an, trotz gleich vieler Plätze.

Stadtrat Bruno Damann: Es besteht eine Leistungsvereinbarung und damit eine Zahlungspflicht.

Abstimmung: Grossmehrheitlich abgelehnt.

D) Steuerplan 2014

Aus der Eintretensdiskussion liegt der Antrag der SVP für eine Steuerfusserhöhung um 5 % vor.

Hanspeter Fröhlich (FDP) stellt fest, dass ein Entlastungsprogramm vorliegt, und der Stadtrat eine doppelt so hohe Steuererhöhung wie letztes Jahr beantragt. Dies ist unverhältnismässig hoch und abzulehnen. Für die Folgejahre würde damit ein Überschuss erzielt. Richtig wäre eine Erhöhung um 7 % auf 123 %.

Stadtpräsident Alex Brühwiler fehlt die Unterstützung der Anträge der GPK und des Stadtrates. Entscheidend ist nicht der Saldo der laufenden Rechnung, sondern die Selbstfinanzierung. Dieser ist ungenügend im Hinblick auf anstehende Investitionen. Der Kreditbestand wächst auch in den nächsten Jahren. Der Stadtrat beantragt deshalb eine Erhöhung um 10 %.

Felix Koller (FDP) will nicht Steuererhöhungen auf Vorrat beschliessen. Diese sollen im Zusammenhang mit anstehenden Investitionen beantragt werden. 7% Erhöhung ist knapp, soll aber Anreiz bieten zu Sparanstrengungen. Wenn das nicht reicht, können die Steuern später erhöht werden.

Hanspeter Fröhlich (FDP) möchte den Staat an der kurzen Leine halten. Mittel können auch auf dem Sparweg eingeholt werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler erinnert, dass die heutige Investitionsplanung noch keine Investitionen ins GESAK enthält.

E. Abstimmung über Steuerfuss:

Abstimmung 1

Antrag SVP 121 % wird dem Antrag FDP 123 % gegenübergestellt.

Antrag SVP: 9 Ja, Antrag FDP: 12 Ja

Abstimmung 2

Der obsiegende Antrag der FDP (123 %) wird dem Antrag von Stadtrat und GPK (126 %) gegenübergestellt.

Antrag FDP: 12 Ja, Antrag Stadtrat und GPK: 17 Ja

Somit ist der Steuerfuss 126 % beschlossen.

F. Voranschlag Stadtwerke Rückweisung

Der Präsident verliert nochmals den Antrag der GPK auf Rückweisung des Voranschlages der Stadtwerke.

Stadträtin Gaby Krapf: Eine vollständige Rückweisung würde über das Ziel hinausschiessen. Sofern eine Rückweisung nötig ist, könnte dies auf die Budgetposition FTTH beschränkt werden.

Abstimmung über Rückweisungsantrag GPK: 11 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung.

G. Detailberatung Investitionsrechnung Stadtwerke

Solaranlage Buechenwald

Felix Koller (FDP) beantragt die Streichung dieser Position. Die Erstellung könnte privaten Investoren überlassen werden.

Öffentliche Beleuchtung (Umrüstung LED)

Felix Koller (FDP) beantragt die Streichung dieser Position. Es soll konventionell umgerüstet werden, die spätere Umrüstung auf LED soll ermöglicht werden.

Abstimmung Solaranlage Buechenwald: Grossmehrheitlich angenommen.

Abstimmung Umrüstung LED: 14 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung. Durch Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag angenommen.

Glasfasernetz (FTTH)

Roland Seiler (SVP) stellt den Antrag, die Investition FTTH von CHF 1.82 Mio. zurückzustellen bis März 2014, bis die von der GPK gewünschte Aufklärung erfolgt ist.

Felix Koller (FDP) findet den kurzen Zeitraum als ungenügend. FTTH und KEV sind nicht vergleichbar. FTTH ist mit viel externem Knowhow entstanden.

Alfred Zahler (FLiG) verweist auf die Volksabstimmung und die dortige Zustimmung. Er beantragt Zustimmung zum Investitionskredit FTTH.

Markus Mauchle, Präsident GPK, wird das Projekt nicht mit der GPK begleiten können. Diese kann nur rückwirkend beobachten. Er würde sich für dieses grosse Projekt eine Gegenexpertise wünschen.

Roland Seiler (SVP) möchte das Projekt zurückstellen und überprüfen. Es besteht ein Misstrauen.

Abstimmung: Grossmehrheitlich angenommen.

H. Detailberatung Laufende Rechnung Stadtwerke

Keine Wortmeldungen.

I. Beschluss des Stadtparlamentes:**Antrag 1**

Es werden folgende Voranschläge 2014 genehmigt:

Stadthaushalt (bereinigter Aufwandüberschuss CHF 578'050 unter Berücksichtigung neuer Steuerfuss)
Stadtwerke (Aufwandüberschuss CHF 638'000)

Abstimmung: Grossmehrheitlich zugestimmt.

Antrag 2

Die Steuersätze für das Jahr 2014 werden wie folgt festgelegt:

Gemeindesteuer 126 % (bisher 116 %)

Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

Abstimmung: Grossmehrheitlich zugestimmt.

07.03 Neue Vorstösse

Einfache Anfrage FLiG-Fraktion "Gewässerschutzmassnahmen Arneggerbach"

Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Beiträge an Pflege und Hilfe zu Hause“

Motion Hanspeter Fröhlich (FDP) Erwin Sutter (FLiG) Florian Kobler (SP) „Einzonung Moosburg“

Wegen ihrer neuen Tätigkeit im Kantonsrat treten Karl Bürki (SP) und Benno Koller (SVP) per Ende 2013 aus dem Stadtparlament zurück. Der Präsident verliert deren Rücktrittsschreiben.

Der Präsident

Fredi Mosberger

Der Stadtschreiber

Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 9. Dezember 2013 genehmigt.